0,50 €

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V.

Dezember 12/2007

Eine feste politische Institution geworden

Gedenkveranstaltung für Willy Hundertmark am Donnerstag, den 13. Dezember, um 19.30 Uhr im Gewerkschaftshaus, Bahnhofsplatz.

Vor fünf Jahren verstarb unser Kamerad Willy Hundertmark, Ehrenvorsitzender, langjähriger Sekretär und Landesvorsitzender der Bremer VVN-BdA. Mitglied des Bundesvorstandes, 80 Jahre lang aktiver Gewerkschafter und 76 Jahre lang Mitglied der Kommunistischen Partei. Er durchlebte aktiv die sozialpolitischen Kämpfe der Weimarer Republik, die Haft im KZ Sonnenburg, Illegalität, Redaktionstätigkeit in der "TRIBÜNE DER DEMOKRATIE", den Verlust der Parteifunktion und schließlich das Ende des staatlichen Sozialismusmodells.

"ERINNERUNGEN AN EIN WIDERSTÄNDIGES LEBEN" lautet der Titel seiner 1997 bei Edition Temmen herausgegebenen Lebenserinnerungen. Wie kein anderer war Willy Hundertmark bestrebt, *"die Arbeit zur Versöhnung und Verständigung zu verbinden mit der Aufklärung über die Ursachen und Zusammenhänge von Faschismus und Krieg"*, stellte unser Kamerad Herbert Breidbach am 20. Dezember 2002 einer 300köpfigen Trauergemeinde Willys Vermächtnis vor. Bis unmittelbar vor seinem Tode arbeitete er aktiv in der Lidice-Initiative, im Ausschuss für vergessene Opfer und im Verein Walerjan Wrobel mit. Willy Hundertmarks Name ist untrennbar verbunden mit der Aufarbeitung und Vermittlung der Geschichte des Antifaschistischen Widerstandes in Bremen. Willys Schaffen ist undenkbar ohne die jahrzehntelange aufopferungsvolle Unterstützung durch seine Tilla.

Zusammen mit Heini Reichel bereitete er Anfang der 70er Jahre die Ausstellung "ANTIFASCHISTISCHER WIDERSTAND 1933-45 IN BREMEN" in der Rathaushalle vor. Mit der MASCH und dem Jugendring entwikkelte er die Antifaschistischen Stadtrundfahrten. *"Umgeben von jungen Menschen vermittelte er ein Stück demokratischer Geschichte Bremens, ... die mit viel persönlichem Leid verbunden war"*, so der "Bremer Antifaschist" zu seinem 80. Geburtstag. Im Arbeitskreis Bremer Arbeiterveteranen war er fast 15 Jahre lang Motor der Diskussionen. Sein Gedächtnis, der Drang alles gründlicher und genauer zu wissen, seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit über weltanschauliche Unterschiede hinweg, wenn es um Frieden und soziale Gerechtigkeit ging, seine klare und konsequente Haltung machten Willy Hundertmark zu einem weit geachteten Gesprächspartner. Die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes auf Vorschlag des Senats belegt seine Bedeutung als moralische Instanz der Stadt. *"Willy Hundertmark ist zu einer festen politischen Institution geworden, die zu unserer Stadt gehört wie die Bürgerschaft und der Senat"*, war im BAF zu seinem 90. zu lesen. Am 15. Dezember 2002 verstarb Willy Hundertmark im Alter von 95 Jahren.



Willy (rechts) mit Tilla (links) und Peter Moritz

Raimund Gaebelein

Gegenwind auch an der Küste

Zum Abschluss der no·npd-Kampagne und kurz vor dem beginnenden Landtagswahlkampf in Niedersachsen haben einige Bremer und örtliche VVN-BdA-AktivistInnen am 27. Oktober in der Cuxhavener Fußgängerzone Flagge gezeigt. Zahlreiche Einheimische und Urlauber zeigten Interesse an den am Infotisch angebotenen Materialien und unterstützten durch ihre Unterschrift unsere Kampagne für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren. Sie erteilten dadurch auch dem erstmaligen Versuch der NPD (Republikaner 2003: 0,5 % der Erststimmen), bei der Landtagswahl in Gestalt ihres Direktkandidaten Helmut Walter im Kreis Cuxhaven (Wahlkreis 58) Fuß zu fassen, eine Absage.
Von der örtlichen Presse wurden unsere Aktivitäten durch eine wohlwollende Berichterstattung unterstützt.
Dem Kandidatenprofil des u.a. 1998 bereits in Bremen gescheiterten Kandidaten Walter (55) kann entnommen werden, dass dieser als seine erste Priorität "Förderung des Nationalbewusstseins" nennt. Der denkende Wähler wird sich kaum zu einer Wahl dieses sich als "Mann aus dem Volke" gebenden Kandidaten hinreißen lassen, bekanntermaßen ist jedoch in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung (ca. 20 %) eine rechtsextreme Grundstimmung vorhanden. Diese täglich erfahrbare Grundstimmung ist ein ernstzunehmender Beleg dafür, dass es sich hier nicht um ein Randgruppenphänomen, sondern eine latente Gefahr handelt. Für uns Antifaschisten bedeutet dieses, nicht nachzulassen in unserem Auftrag, vor den heutigen Verfechtern und Steigbügelhaltern dieser menschenverachtenden Ideologie zu warnen und über den Faschismus aufzuklären.
Zitiert sei hier der 1943 in Berlin-Plötzensee ermordete tschechische Schriftsteller, Journalist und Kulturpolitiker Julius Fucik: *"Menschen, ich hatte euch lieb, seid wachsam !"*

Uli S.

Arbeitsmigranten als Konjunkturpuffer

Im Rahmen des Projekts Gröpelingen gegen Rassismus verfolgte Eike Hemmer, früher Betriebsrat bei den Stahlwerken, am 30. Oktober die Frage nach einer Kontinuität der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in Bremer Betrieben. Seit dem Kaiserreich, so seine These, lässt sich verfolgen, wie systematische Anwerbung in Zeiten wirtschaftlicher Expansion erfolgte.

Mit Beginn der Entwicklung der Jute-Spinnerei in Utbremen wurden polnische Arbeitskräfte zunächst aus den preußischen Ostprovinzen, verstärkt aber dann aus dem damals österreichischen Ostgalizien nach Bremen geholt. Das soziale Entwicklungsgefälle wurde genutzt, um die Arbeitskräfte denkbar sparsamst entlohnen zu können. Sie waren kaum gewerkschaftlich organisiert. Um den (billigeren) Frauenanteil zu erhöhen, wurden Betriebskinderkrippen eingerichtet. Das band die Familien am Arbeitsplatz und erlaubte eine vorausschauende Planung für zukünftige Arbeiterinnen und Arbeiter. Ähnlich verlief die Anwerbung für die Norddeutsche Hütte. Während des 1. Weltkrieges wurde verstärkt auf Zwangsmaßnahmen zurückgegriffen, um die durch ihre Rekrutierung für den Krieg ausfallenden Arbeitskräfte zu ersetzen. Nach Krieg und Revolution wurden Arbeitskräfte scharenweise fallengelassen, die Rückwanderung polnischer Arbeiter in das neu entstandene Polen war recht hoch. Verstärkt wurden Polizeimaßnahmen gegen frühe Selbstorganisationsformen getroffen. Der Aufenthalt war regelmäßig an die Dauer und den Fortbestand des Arbeitsverhältnisses geknüpft. Zu Zwangsmaßnahmen in ganz anderer Dimension griff die deutsche Rüstungswirtschaft während des 2. Weltkriegs. Mit Sondergesetzgebung und Verbringung in Lager wurden mit fortdauerndem Krieg Millionen von Arbeitskräften besonders aus dem Osten Europas nach Deutschland verschleppt. Auf der Hütte wurde ein besonderes Lager für "Bummelanten" errichtet, um die Arbeiter nach der Strafmaßnahme schneller wieder in den Produktionsprozess eingliedern zu können. Der Ausländeranteil betrug gegen Ende des Krieges fast die Mehrheit der Arbeitskräfte.

Auch in der Bundesrepublik besteht eine besondere Gesetzgebung für Arbeitsmigranten. Ihre Anwerbung erfolgte in der Zeit wirtschaftlicher Blüte. Sie wurden eher als verlängerte Werkbank denn als Menschen angesehen. Sie hatten in aller Regel die schwersten, schmutzigsten, gesundheitsgefährdensten Tätigkeiten zu verrichten. Das ermöglichte deutschen Arbeitern Vorarbeiter- und Meisterpositionen zu erreichen, die sehr viel besser bezahlt wurden. Die Anwerbung folgte den Regeln der Musterung für die Armee, wenn nicht gar den Regeln des Viehmarkts, wenn man Beschreibungen von Betroffenen über ihre gesundheitliche Untersuchung hört. Die Unterbringung erfolgte wie zuvor oft in den gleichen Baracken, in denen schon die Zwangsarbeiter untergebracht gewesen waren. Manche lagen unmittelbar auf dem Betriebsgelände. Einen bescheidenen Aufstieg erreichten einige wenige erst mit dem Eintreffen einer neuen Migrationsgruppe.

Der Vortrag war mit einer Reihe von Aufnahmen von Unterkünften, Arbeitsplätzen und Schilderungen eigener Erfahrungen aus persönlichen Begegnungen sehr anschaulich untermalt.

Raimund Gaebelein

Lüge eines Lebens

Eigentlich hätte alles doch so schön sein können. Die Beziehung mit Anne klappt wieder, seine Habilitation ist geschafft und der "Berg der Schande" (die Akten zu seiner Habil) ist abgetragen, sogar ein Verlag für die Veröffentlichung ist gefunden. Dann fallen vier Schüsse auf Josef Maria Stachelmann, alle knapp daneben. Erst geht er davon aus, dass ein Irrer à la Littleton unterwegs ist. Doch es waren sehr gezielte Schüsse aus einer G3. Ab jetzt wird für den Historiker das Leben zur Qual. Als im Internet noch eine Hetze gegen ihn in Gang gesetzt wird, kommt alles noch schlimmer. Der Drahtzieher der Kampagne nennt sich E.T.

Die Polizei steckt (mal wieder) in der Sackgasse und Josef Maria beginnt selber zu ermitteln, sei es auch nur, um der Angst Herr zu werden. E.T. will aber nicht nach Hause telefonieren, sondern dahinter verbirgt sich "Ernst Thälmann". In seiner Habilitation schreibt er u.a. über Thälmann, Buchenwald und die Selbstbefreiung. Und das, was er schreibt, passt E.T. überhaupt nicht. Aber woher kennt E.T. den Inhalt? Dieser ist ja noch gar nicht veröffentlicht worden. Und haben E.T. und die Schüsse miteinander zu tun? Stachelmanns Ermittlungen führen ihn immer dichter ins Gestrüpp der Geschichte. (Und irgendwie droht auch die ganze Story sich dort zu verlieren.)

Das Verschwinden einer Studentin und Antifaschistin, sowie ihre spätere Ermordung, bringen Stachelmann auf eine ganz andere Spur. Mittlerweile hat der Verlag kalte Füße bekommen und will nicht mehr. Josef muss herausbekommen, wer alles seinen Text gelesen haben kann. Der Lektor des Verlags hat das Manuskript einem anderen Historiker zur Überprüfung gegeben. Prof. Weidenmeyer, Ordinarius für Neue Geschichte der Humboldt-Universität in Berlin. Etwas Schlimmeres hätte es nicht geben können, als es gerade dem "Kommunistenfresser und Naziverharmloser" zum Lesen zu geben. Ist die ganze Sache am Ende ein "Historikerstreit"?

Das Buch hat Längen und das Ende ist ein klein wenig an den Haaren herbeigezogen. Manch einer wird mit seinem Buch nicht warm werden können. Lesenswert ist ein Christian von Ditfurth jedoch immer! Er ist Historiker und Autor und lebt wie sein Protagonist in Lübeck und arbeitet in Hamburg.

Christian von Ditfurth: "Lüge eines Lebens", Roman, Hardcover, 427 Seiten, Kiepenheuer & Witsch, Köln, 2007, 18,90 EUR, ISBN 3-4620-3433-4

Gerold Fleßner

Das neue Lidice-Haus

Am 02. November 2007 wurde das neue Lidice-Haus am Stadtwerder von dem Geschäftsführer Herrn Vennegeerts eröffnet. Das Lidice-Haus wurde von Bremen-Nord in die alte Sportschule am Stadtwerder verlegt. Es entstand ein neues Gebäude, in dem Seminarräume, die Küche, der Speisesaal und ein größerer Saal untergebracht sind. Im zweiten Gebäudekomplex sind Zimmer für die Jugendlichen eingerichtet worden. Das neue Haus ist sehr ansprechend geworden. Mehrere Sprecher lobten die Lage und das neue Haus. Hier findet ein internationaler Austausch von Jugendlichen statt. Die Jugendbildungsstätte verfolgt das Ziel, mit Jugendlichen Themen u.a. Rechtextremismus, Drogenprobleme, Gewalt, Sucht zu diskutieren. Es findet hier ein freier Gedankenaustausch statt. Die Bereitschaft, sich an gesellschaftlichen, speziell jugendpolitischen Problemen zu beteiligen, soll gefördert werden.

Unser Kamerad Ernst Uhl ist einer der Initiatoren der 1982 gebildeten "Lidice-Initiative" und er hat auch maßgeblichen Anteil an der Einrichtung der Jugendbildungsstätte "Lidice-Haus". Kamerad Ernst sagte in seinem Grußwort, ihm ging es damals darum, den Namen Lidice zu erhalten. Ihn zum Symbol der Erinnerung an die Verbrechen des Faschismus und zu einem Ort der Begegnung von tschechischen und deutschen Jugendlichen zu machen. Ernst nahm damals die Verbindung zu Institutionen in der sozialistischen Tschechoslowakei auf, obwohl dies nicht leicht war. Zwischen der Bundesrepublik und der CSSR bestanden seinerzeit keinerlei politische Beziehungen. Mit Ernst fuhren seitdem viele BremerInnen nach Prag und Lidice. Das kleine Dorf Lidice in der Nähe von Prag wurde zur würdigen Gedenkstätte. Ernst schloss seine kurze Ansprache: Lidice mahnt gegen Krieg und Faschismus und aktiv einzutreten für Verständigung und Solidarität unter den Völkern.

Ingeborg Breidbach

Bundesweite Diskussion um ein NPD-Verbot

Die Innenminister der SPD-regierten Länder haben erste Schritte zur Vorbereitung eines neuen NPD-Verbotsverfahrens beschlossen. Man werde ein Verbot der rechtsextremistischen Partei ernsthaft prüfen und in einer Arbeitsgruppe das erforderliche Material zusammentragen, sagte der schleswig-holsteinische Innenminister Ralf Stegner. Die Innenminister der unionsregierten Länder seien eingeladen, sich an der Arbeitsgruppe zu beteiligen. Bundeskanzlerin Angela Merkel äußerte sich jedoch skeptisch. *"Sollten wir wieder erfolglos sein, wäre das genau das falsche Signal"*, sagte die CDU-Politikerin der "Jüdischen Allgemeinen Wochenzeitung". Das Problem des Rechtsextremismus sei nicht allein durch ein Parteiverbot aus der Welt zu schaffen.

Derweil sind die CDU-Inneminister der Länder in Sachen NPD-Verbot uneins. Der Koordinator der CDU-Inneminister, der hessische Innenminister Volker Bouffier, lehnt ein erneutes NPD-Verbotsverfahren ab. Dagegen bekräftigte der Schweriner Innenminister Lorenz Caffier (CDU) gegenüber der Redaktion der Schweriner Volkszeitung (SVZ) erneut die Notwendigkeit eines NPD-Verbots. Er werde unter den CDU-Innenministern für ein Verbotsinitiative werben und habe dazu positive Signale von Innenministerkollegen aus seiner Partei, berichtete die SVZ am 2. November. Auch Thüringens Innenminister Karl-Heinz Gasser (CDU) würde einen Verbotsantrag unterstützen. In den kommenden Wochen wollten die CDU-Innenminister der Länder über eine Verbotsinitiative beraten. Für Caffier sei die NPD eindeutig eine verfassungsfeindliche Partei. Bereits Mitte Oktober hatte er sich im Parlament mit den Worten geäußert, es sei Zeit zu handeln. Eine Arbeitsgruppe des Innenministeriums in Mecklenburg-Vorpommern untersucht derzeit Möglichkeiten und Aussichten eines Verbotsverfahrens.

Entscheidend ist nach dem Scheitern des ersten Verbotsverfahrens, ob vor und während eines neuen Verfahrens V-Leute des Verfassungsschutzes in NPD-Gremien sitzen dürfen. Das Verfassungsgericht hatte den ersten Verbotsversuch abgewiesen, weil sie nicht ausschließen wollten, dass die V-Leute für das Auftreten der NPD mitverantwortlich sind.

Die Länderinnenminister aus den Reihen der SPD zeigten sich einig, *"dass V-Leute in Vorständen der NPD nichts zu suchen haben"*, wie der schleswig-holsteinische Innenminister Stegner sagte. Die verfassungsfeindliche Haltung der NPD ergebe sich auch aus öffentlich zugänglichen Quellen. Man brauche in der NPD nur noch aus Gründen der Gefahrenabwehr V-Leute, sagte Stegner weiter. Die NPD mische sich mittlerweile mit den neonazistischen Kameradschaften. Der Innenminister von Rheinland-Pfalz, Karl-Peter Bruch, betonte, er habe *"kein Problem damit, auf V-Leute in der NPD ganz zu verzichten"*. In Berlin unterstützt Innenminister Körting ein NPD-Verbot nicht nur seit geraumer Zeit, sondern hat die V-Leute in seinem Land bereits aus der NPD abziehen lassen. Gleiches forderte die Linkspartei auch im Schweriner Landtag und in einer Erklärung der Bundestagsabgeordneten der Linken Heidrun Bluhm. Im Streben nach einem Verbot der rechtsextremen NPD erwartet der SPD-Fraktionschef im Schweriner Landtag, Volker Schlotmann, dass der Bundesrat bis Mitte 2008 einen neuen Verbotsantrag auf den Weg bringt. Als Demokraten hätten wir die Pflicht, eine Partei zu verbieten, die unsere demokratische Grundordnung bekämpfe, sagte Schlotmann bereits Mitte Oktober in Schwerin.

In der Länderkammer des Bundesrates gibt es derzeit weder eine deutliche Mehrheit für noch gegen ein Verbot der NPD. Neben Berlin, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein tritt auch das Land Bremen für ein NPD-Verbot ein, während Brandenburg in dieser Frage gespalten ist. Brandenburgs Ministerpräsident Platzeck votiert für ein Verbot der rechtsextremen NPD, Innenminister Schönbohm spricht sich hingegen gegen ein Verbot aus. Nun ist auch in der CDU eine Debatte der Innenminister um ein erneutes Verbotsverfahren gegen die NPD entbrannt - derzeit noch mit offenem Ausgang.

Dr. Axel Holz (Schwerin)

Völkermord an den Sinti und Roma

Die Ausstellung über den Völkermord an Sinti und Roma wurde am 26.10.2007 im Rathaus eröffnet und ist bis zum 12.11.007 zu sehen. Die Finanzsenatorin Karoline Linnert begrüßte die Gäste. Sie stellte das ungeheuerliche Verbrechen an den Sinti und Roma dar und sagte, *"Die Anerkennung dieser Völkergruppe hat auch nach 1945 nicht stattgefunden. Erst langsam wurde klar, was die Sinti und Roma erlitten haben."* Der Vorsitzende des Zentralrates deutscher Sinti und Roma Romani Rose sprach über die systematische Vernichtung der Sinti und Roma durch die Nationalsozialisten. Von Bremen wurden im März 1943 275 Sinti und Roma nach Auschwitz gebracht. Dort fand der fabrikmäßige Massenmord statt. 500.000 Sinti und Roma wurden in Auschwitz ermordet.

Anerkennend bemerkte Romani Rose, Bremen bekennt sich zu seiner Vergangenheit, und er bedankte sich, dass die Ausstellung im Rathaus stattfinden kann. Kern der Ausstellung sind Bilder der Familien und persönliche Zeugnisse der Überlebenden. Unter den Besuchern war eine 80-Jährige, die Auschwitz überlebt hat und danach sehr krank war. Die Ausstellung zeigt, wie nationalsozialistische Wissenschaftler bereit waren "nachzuweisen", dass diese Völkergruppe nicht arisch, damit "lebensunwert" und deshalb die totale Vernichtung vom Baby bis zum Greis zu planen und zu realisieren sei. Die Gaskammer war das, was die Nationalsozialisten für sie bereit hielten.

Ich fand besonders wichtig, dass Romani Rose die in den letzten Jahren anwachsende, rechtsextremistische Entwicklung mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ansprach. Er warnte eindringlich davor, diese zu unterschätzen.

Ingeborg Breidbach

Vermehrt rechte Äußerungen

Uns erreichte eine E-Mail des Möbellagers Oslebshausen, in der wir gebeten wurden, was zum Thema Rechts/Neonazis zu erzählen. Es gab in letzter Zeit im Möbellager vermehrt rechte Äußerungen unter den Mitarbeitern. So beschlossen wir am 31.10. den Film von Andrea Röpke "Wir erobern die Städte vom Land aus!" zu zeigen und anschließend mit den Mitarbeitern zu diskutieren. Die waren dazu angehalten teilzunehmen. Ein schleppendes Erscheinen war schon mal zu bemerken. Nach einer kurzen Einleitung von Raimund wurde der Film gezeigt. Er brachte meines Erachtens nicht die Resonanz, die von der Leitung erwartet wurde. Über den Film wurde überhaupt nicht mehr gesprochen.

Ein Großteil der Mitarbeiter hat eine Abneigung gegen Migranten, vor allem gegen Türken, scheinbar haben wir sonst keine anderen Migranten in Bremen. Insbesondere eine Mitarbeiterin fiel dadurch auf, dass sie immer wieder in für mich nicht nachvollziehbarer Kritik auf "den Türken" rumhackte. Es schien so als, ob an allem und jedem immer nur die Türken schuld sind. O-Ton der Mitarbeiterin: *"Da grabscht mir ein Türke in der Disco an den Hintern, dem hab ich erstmal eine geknallt, nachdem ich gefragt habe, was das soll und er geantwortet hat, dass wir deutschen Frauen das doch mögen."* Auf die Frage der Sozialpädagogin, ob das nur Türken machten, war hauptsächlich ein Großteil der Männer auch dieser Meinung. Eine andere sagte, sie traue sich nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr allein durch die Lindenhofstraße, die wohl Klein-Istanbul wäre. "Die Türken" wären immer zu mehreren auf der Straße und man würde nicht durchgelassen ohne angemacht zu werden.

Weiter auf Seite 4

Der KZ-Gärtner

Der Heilpraktiker Arnold Eickmann (1903-1972) geriet in die Fänge von Justiz und Gestapo, weil er helfen wollte. Bereits 1929 behandelte er Geschlechtskrankheiten, was ausschließlich zugelassenen Ärzten vorbehalten war. Homöopathische Heilmittel, ganzheitliche Behandlungsmethoden, natürliche Lebensführung sollten eigentlich den braunen Herren genehm sein. Eine Synthese aus Schulmedizin und Naturheilkunde wurde von Streicher und Heß gefördert. Doch Ärzteschaft und Pharmaindustrie waren eine zu mächtige Lobby. 45% der Ärzte waren Mitte der 30er Jahre Mitglieder der NSDAP, zwei Drittel in NS-Institutionen eingebunden. Eickmanns kritische Distanz zu Impfzwang und Rassenforschung führten ihn für fünf Jahre durch die Mühlen der Konzentrationslager Esterwegen, Sachsenhausen, Dachau, Neuengamme und Auschwitz. Er beschreibt die Entwürdigung im KZ, die Bestialität gegenüber jüdischen Häftlingen, die Mordlust der pervertierten NS-Täter. Waren es in Esterwegen die zivilen Aufseher, die ausgiebig von ihrem Recht auf Denunziation Gebrauch machen, so war es in Sachsenhausen die Korruption der Aufseher, die für die Häftlinge lebensbedrohlich sein konnte. Eickmann hatte Glück. Seine Kenntnisse in Heilkunde und Kräutern befähigten ihn zu gartenbaulichen Tätigkeiten. Er erhielt Einblick in das Leben der SS-Führer. Frau und Tochter des SS-Gruppenführers Eicke hielten ihre Hand schützend über ihn. Dann wurde er nach Dachau verlegt. Die KZ waren Experimentierfeld für Menschenversuche. Im KZ Dachau experimentierte man mit biochemischen Salzen. Gewebsentzündungen führten zum Tode. Eickmann sollte eine Kräuterplantage anlegen. Sechs Monate später ging es über Sachsenhausen nach Neuengamme. Und schließlich Auschwitz, wo er mehr noch über Lagerstrafen sah und hörte als in allen vorhergehenden Lagern. 1942-44 wurde Arnold Eickmann schließlich als Soldat an der Westfront eingesetzt und geriet in Kriegsgefangenschaft. Dort bemühte er sich, seinen Mitgefangenen die grausame Wahrheit des Faschismus in Deutschland zu schildern. Nicht verblendete Kriegsgefangene wurden in Lagern unter britischer Bewachung von Rollkommandos überfallen, misshandelt oder sogar umgebracht. Eine erste selbstgefertigte Niederschrift seiner Erfahrungen in fünf KZ vernichtete Eickmann. Die vorliegenden Aufzeichnungen entstanden 1944/45 in langen Gesprächen mit seinem Sekretär Karl-Heinz Wegener in britischer Kriegsgefangenschaft. Die eingehende Schilderung von Höss, des Lagerleiters von Auschwitz, war lange vor seiner Verhaftung in Händen des britischen Kriegsministeriums. Vielleicht trugen seine ausführlichen Darstellungen der SS-Kommandanten und Wachmannschaften dazu bei, dass sie nach der Befreiung wegen menschenverachtender Verbrechen vor Gericht gestellt und verurteilt werden konnten. Die letzten Seiten der Aufzeichnungen gingen verloren. Wegener wurde später Leiter des Staatlichen Filmarchivs der DDR, Eickmann lebte in Wolfenbüttel und Braunschweig.

Arnold Eickmann, Der KZ-Gärtner …vom gesundheitspolitischen Standpunkt ein Staatsfeind, 274 S. Donat Verlag Bremen 2007, 12,80 €, ISBN 978-3-938275-33-7

Raimund Gaebelein

Vermehrt rechte ...

Ich unterhielt mich mit der Sozialpädagogin des Möbellagers, dabei stellte sich dann raus, dass z. Zt. nur wenige Migranten dort beschäftigt sind und die in ihrem Beisein natürlich nicht abwertend behandelt werden. Christian, ein Mitarbeiter, hat wohl schon vor ca. fünf Jahren bei der BRAS einiges über dieses Thema erfahren und seitdem seine Meinung und Einstellung dazu zum Positiven geändert, was er in seinen Äußerungen klar zum Ausdruck brachte. Mein Fazit nach zwei Stunden und immer wieder Schlucken, damit ich mich nicht im Ton vergreife, da muss dringend dran gearbeitet werden, um dort nicht eine Brutstätte für die Rechten zu haben und damit nicht immer "die Türken" an allem schuld sind. Darum wird es sicherlich im Laufe der Zeit noch weitere Vorträge dort geben.

Marion Bonk

Dank aus DK

Auf den Artikel über Kaj Munk (Pastor, Poet und Gegner Hitlers) kamen zwei Reaktionen aus Dänemark. Andrea von Dosenrode, Geschäftsführerin des Kaj Munk Forschungszentrums in Aalborg, bedankt sich dafür, dass wir mit dafür sorgen, dass Kaj Munk auch in Deutschland nicht in Vergessenheit gerät. Gunnar Stig Hansen von Kaj Munk Online bedankt sich ebenfalls für den Artikel.

BAF-Redaktion

www.vvn-bda.de

"Der Bremer Antifaschist", kurz BAF, ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA) und erscheint monatlich.

Wir sind Am Speicher XI/9, 28217 Bremen, erreichbar.
Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18
Montag: 17:00 - 18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00 - 19:00 Uhr

E-Mail: bremen@vvn-bda.de
Internet: www.bremen.vvn-bda.de
Internet: www.kueste.vvn-bda.de

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ: 29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder über unser Büro (382914 bzw. bremen@vvn-bda.de) oder über Raimund Gaebelein (6163215 oder 0173-9350476) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 19:30 Uhr.
Der Landesvorstand trifft sich am letzten Montag eines Monats von 18:00 - 20:30 Uhr.
Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Re-daktion wieder.

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats

V.i.S.d.P.: Raimund Gaebelein

Mich interessieren folgende Themen:

- o Einwanderer und Flüchtlinge
- o Rassismus
- o Neofaschismus
- o Frieden/Antimilitarismus
- o Erinnerungsarbeit

- o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- o Ich bin bereit einzelne Aktionen zu unterstützen.
- o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- o Ich möchte den "Bremer Antifaschist" probeweise / regelmäßig beziehen.

Name ____________________
Straße ____________________
PLZ, Ort ____________________
Bremen, den ____________________